

25.08.2015

Antrag

der Fraktion der CDU

Bildungsqualität fördern

Teil 2: Schulen in ihrer Ausrichtung auf berufliche Ausbildung stärken – die duale Ausbildung fördern – Fachkräftemangel vor allem im technischen Bereich beheben

I. Der Landtag stellt fest:

1. Ausgangslage und Herausforderungen

Bildung ermöglicht und befördert in einem rohstoffarmen Land Produktivität und damit wirtschaftliches Wachstum. Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Anschlussfähigkeit unserer Wirtschaft an die internationalen Märkte in Zeiten zunehmender Globalisierung. Diese zwar richtigen, aber einseitigen Einschätzungen reduzieren Bildung nicht nur auf ihre ökonomische Bedeutung und vernachlässigen die Einsicht, dass Bildung persönlichkeits- und charakterstärkend ist. Sie haben auch dazu geführt, dass die Notwendigkeit einer Bildungsexpansion für die Politik in Deutschland über Jahrzehnte weit oben auf der Agenda stand. Lange Zeit wurde unter dem Begriff der Bildungsexpansion schlicht eine Ausweitung des Anteils der Akademikerinnen und Akademiker verstanden, der sich den international üblichen Quoten angleichen sollte. Den gestiegenen Anforderungen der einzelnen Berufe könne man, so die Annahme, nur so gerecht werden. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und das Bruttoinlandsprodukt würden sich zwangsläufig erhöhen. Ein Mensch ist jedoch nicht nur dann hochgebildet, wenn er eine Hochschule besucht hat. Ein Master der Philosophie hat weder volkswirtschaftlich noch gesellschaftlich einen höheren Wert als ein Maschinen- und Anlagenführer oder Mikrotechnologe, nur weil letztere nicht über einen Hochschulabschluss verfügen. Die Gleichung je mehr Akademiker, umso größer das Wohlergehen der Gesellschaft, ist in ihrer Schlichtheit und vor allem bezogen auf die Bundesrepublik so nicht richtig.

Trotzdem schlägt sich diese Denkweise heute nieder in der veränderten Bildungsaspiration von Eltern, die sich für ihre Kinder zunehmend nur das Abitur als Zugangsberechtigung zu einem Hochschulstudium wünschen. Und die Bildungsanalyse begleitet diesen Trend entsprechend der OECD-Indikatoren (Bildung auf einen Blick 2014) mit der Feststellung zu den Hochschulabsolventen (Tertiärabschlüsse) im europäischen Vergleich: „Deutschland liegt mit

Datum des Originals: 25.08.2015/Ausgegeben: 27.08.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

einem Anteil von 32 % unter dem Zielwert [40 Prozent als EU-Zielwert] und weist zudem gemeinsam mit Finnland, Griechenland und Litauen die geringste Steigerung seit 2000 auf (+6 Prozent).“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2014, S. 42, die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2012). Die Bundesregierung hat einen nationalen Zielwert von 42 Prozent festgelegt, der das Berufsbildungssystem mit umfasst. Dieser Zielwert wurde 2012 mit 43 Prozent übertroffen. Die OECD kommentiert dazu: „Auf Grund der fest etablierten und weithin anerkannten beruflichen Bildungsgänge des Sekundarbereichs II (duales System) und der damit einhergehenden niedrigen Erwerbslosenquote sind die Anreize für den Erwerb eines Tertiärabschlusses in Deutschland möglicherweise schwächer als in anderen Ländern.“ (OECD Ländernotiz Bildung auf einen Blick 2014, S. 6).

Obwohl die OECD also selbst zugesteht, dass durch eine Ausbildung im dualen System eine solide Basis für ein erfolgreiches Arbeitsleben gebildet wird und die Gefahr einer Arbeitslosigkeit geringer ist, gilt ihr und der ihr folgenden Politik die Anzahl der Hochschulabschlüsse in Deutschland weiterhin als zu gering. Das führt dazu, dass die hohe Studienabbrecherquote in Deutschland (2012: Universitäten 33 Prozent, Fachhochschulen 23 Prozent, OECD Ländernotiz Bildung auf einen Blick 2014, S. 301) in Nordrhein-Westfalen von Wissenschaftsministerin Schulze, zum Anlass genommen wird, den Hochschulen künftig zehn Prozent des Geldes aus dem Hochschulpakt nur dann auszuzahlen, wenn sie die Abbrecherquote reduzieren (vgl. Welt am Sonntag, 22. 03. 2015). Der durch mögliche Absenkungen der Prüfungs- und Studienniveaus drohende Qualitätsverlust an den Hochschulen als auch die Möglichkeit, dass nicht all diejenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben oder an einer Hochschule eingeschrieben sind, die Absicht oder auch die Fähigkeit haben, ihr Hochschulstudium abzuschließen, werden dabei ignoriert.

Studieren ist kein Garant für den Aufstieg durch Bildung. Doch der von der Politik lange vorrangig gestützte Trend zum Studium hält nach wie vor an. Jahr für Jahr steigen die Studierendenzahlen. 1972 hatten 12,5 Prozent der Schulabgänger in Nordrhein-Westfalen laut Schulstatistik des MSW die allgemeine Hochschulreife, das Abitur, 1992 schon 28,1 Prozent, und 2014 37,5 Prozent [die 46,2 Prozent im Jahr 2013 sind auf den doppelten Abiturjahrgang zurückzuführen]. Im Wintersemester 2014/15 waren an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insgesamt 711.900 Studierende immatrikuliert. Das waren 3,7 Prozent mehr als im Wintersemester 2013/14, wie IT.NRW mitteilt. Im Unterschied dazu sinkt pro Jahr die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Im Jahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen 117.397 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Laut Berufsbildungsbericht 2015 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entspricht das einem Rückgang um 2,2 Prozent gegenüber 2013. Deutschlandweit hat sich das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung gravierend verändert. Die duale Berufsausbildung gilt zwar als Garant der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, doch gerät sie – neben der demografischen Entwicklung, die ebenso eine Rolle spielt – vor allem durch den Trend zum Studium und zum Abitur, zunehmend unter Druck. So wird die Zahl derjenigen Schulabgänger mit einem mittleren Schulabschluss im Schuljahr 2020/2021 laut Prognose des Schulministeriums gegenüber dem Schuljahr 2013/2014 massiv zurückgehen: mit Hauptschulabschluss nach Klasse 10 um 26,1 und mit Fachoberschulreife um 17,8 Prozent.

Durch diese Entwicklung gibt es in Zukunft einen Mangel an Schulabgängern nach der Sekundarstufe I, die in eine duale betriebliche Ausbildung übergehen und somit den Fachkräftebedarf auch in Zukunft decken können. Schon heute fehlen beruflich qualifizierte Fachkräfte im Metall- und Elektrohandwerk, im Heizungs-, Sanitär- und Klimabereich und bei den IT-Berufen. Hinzu kommt, dass in den sogenannten Engpassberufen vor allem im MINT-Bereich aber auch im Gesundheitswesen bereits heute ein hoher Anteil der Beschäftigten über 50 Jahre alt ist. Fraglich ist, ob diese drohende Lücke allein durch Zuwanderung geschlossen werden kann.

Insbesondere dem technisch-praktischen Bereich muss in Nordrhein-Westfalen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Technikstandort sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich. Forschung und Entwicklung sowie die Umsetzung von Innovationen sind Erfolgsfaktoren unserer heimischen Wirtschaft. Technische Bildung und Nachwuchsförderung gehören zu den Schlüsselementen dieses Erfolgs. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung ist es eine große Herausforderung, die hohe Qualität dieses Standards beizubehalten und ihn auszubauen. Der Mangel an Ingenieuren und technischen Fachkräften schadet dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte sowie die Sicherung des Fachkräfteangebots setzen technische Grundbildung voraus. Technische Grundbildung bei Kindern und Jugendlichen besitzt einen besonderen Stellenwert, da sie Berufswahl- und Studienentscheidungen beeinflussen kann. Hier kommt der Schule eine entscheidende Rolle zu. Nur die Schule kann durchgängig und nachhaltig technische Grundbildung vermitteln und Interessen für Technik entfachen, insbesondere in den MINT-Fächern. Hierbei weist Nordrhein-Westfalen jedoch ein zunehmendes Defizit auf. Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen sind bei der technischen Grundbildung gegenüber anderen Bundesländern deutlich im Nachteil. Während in Nordrhein-Westfalen Wert auf die sozialwissenschaftlichen Fächer gelegt wird, findet sich in anderen Bundesländern eine stärkere Betonung der technischen Grundbildung. Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen sind bei der technischen Grundbildung gegenüber anderen Bundesländern deutlich im Nachteil. Eine Schülerin oder ein Schüler in Sachsen hat beispielsweise vom 5. Schuljahr bis zum Ende der Sekundarstufe I mindestens 360 Stunden mehr verpflichtenden Unterricht in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern als eine Schülerin oder ein Schüler aus Nordrhein-Westfalen. Das schlechte Abschneiden Nordrhein-Westfalens beim „IQB-Ländervergleich 2012 – Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I“ ist Beleg für die Defizite bei der technischen Grundbildung von Schülerinnen und Schülern aus Nordrhein-Westfalen: Innerhalb der Ranking-Liste erreichte Nordrhein-Westfalen im Fach Mathematik den drittletzten, in Biologie und Chemie den vorletzten und in Physik den letzten Platz.

Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass technische Grundbildung von Schulen geleistet werden kann, ist eine deutliche Verbesserung bei der derzeitigen Lehrkräftesituation. In allen Schulformen mangelt es an ausgebildeten Lehrkräften. Oft wird Unterricht in Technik von fachfremden Lehrkräften erteilt. Für die fachfremden Lehrerinnen und Lehrer muss ein Angebot an kontinuierlicher Fortbildung geschaffen werden. In vielen Schulen kann ein Unterricht über Technik nicht angeboten werden, da die entsprechenden Lehrkräfte ganz fehlen. Laut der Studie zu den Lehrkräften in den sogenannten MINT-Fächern von Klaus Klemm von Oktober 2014 wird der Einstellungsbedarf an Lehrerinnen und Lehrern im Fach Technik in den Jahren 2012/13 bis 2025/26 nur zu 21 Prozent gedeckt werden, für die Fächer Physik (35%), Chemie (47 %) Informatik (56 %) sieht es auch nicht viel besser aus. Und der Lehrermangel in den technischen Fächern für eine duale Ausbildung an Berufskollegs ist ebenfalls dramatisch.

2. Neujustierung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung

Zur Deckung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften muss das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung in eine Balance gebracht werden, die ihre Gleichwertigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung befördert und den persönlichen Fähigkeiten und Interessen der Jugendlichen, die eine Erstausbildung anstreben, entgegenkommt.

Ein vielfältiges Schulwesen ist die beste Voraussetzung, um den unterschiedlichen Wünschen und Talenten der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Die Schulen haben die Aufgabe, die Jugendlichen so zu qualifizieren, dass sie nach der Schule eine Berufsausbildung ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend antreten können.

Dem dualen Bildungssystem in Deutschland kommt bei der Berufsausbildung eine besondere Bedeutung zu. Es hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Die Akzeptanz der Facharbeiterinnen und Facharbeiter, der Technikerinnen und Techniker sowie der Meisterinnen und Meister des Handwerks ist wegen der Qualität der Ausbildung sehr hoch. Das System der dualen Ausbildung ist ein wichtiger Baustein, um den zukünftigen Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken. Ein besonderes Qualitätsmerkmal ist, dass die Auszubildenden durch das duale Lernen in Schule und Betrieb nach Abschluss ihrer Ausbildung die volle Berufsfähigkeit mit einer den individuellen Anforderungen entsprechenden Qualifikation erlangen. Es muss deshalb mehr als bisher in der Öffentlichkeit deutlich werden, dass besonders für die mittlere Qualifikationsebene, den Fachkräften mit abgeschlossener dualer Ausbildung, ausgezeichnete Berufschancen mit Aufstiegschancen bestehen. Die duale Ausbildung ist keine Sackgasse und auch keine Notlösung, sondern ein attraktiver Weg zu einem Beruf, was sich nicht zuletzt auch in den Verdienstmöglichkeiten zeigt.

Um den Einstieg in das duale System zu erleichtern, muss die Praxisorientierung vor allem an den nicht auf die Oberstufe vorbereitenden Schulen erhöht werden. Es muss der Tendenz entgegengewirkt werden, dass immer mehr technologische Kompetenz von Schülerinnen und Schülern verloren geht. Vor allem das Handwerk ist auf Bewerberinnen und Bewerber angewiesen, die neben notwendigem theoretischem Wissen vor allem praktische Fertigkeiten mitbringen. Dabei geht es auch um Kenntnisse auf dem Gebiet von Fertigungsprozessen, in der Digital- und Kommunikationstechnik oder in der Energietechnik, die es zu fördern gilt. Technisch-praktische Fachkompetenz und nicht eine unspezifische Kompetenzorientierung sollte daher als Bildungsstandard in den Lehrplänen verankert sein.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- die Neigungsdifferenzierung in den nicht speziell auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitenden Schulen zu stärken, um die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zu einer Berufswahlentscheidung zu fördern. Dabei soll eine technische Grundbildung in diesen Schulen über das spezielle Fach Technik hinaus in die Lehrpläne für die Jahrgänge 7-10 aufgenommen werden. Hierfür müssen verbindliche Bildungsstandards definiert und umgesetzt werden.

- neben dem Abitur als Vorbereitung auf ein Studium ein duales Abitur an den Berufskollegs über die bestehenden Möglichkeiten an den beruflichen Gymnasien hinaus flächendeckend für technisch-praktisch und pflegerisch interessierte Jugendliche einzuführen, bei dem in der Oberstufe die betriebliche Praxis den Schwerpunkt bildet und die schulische Bildung die Berufsausbildung begleitet.

- die Förderung von berufsvorbereitenden Maßnahmen in der Sekundarstufe I durch das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) besser auf die Bedürfnisse der jungen Menschen und der Schulen auszurichten. Erfahrungen zeigen, dass die Potentialanalyse in Klasse 8 für viele Schülerinnen und Schüler zu früh angesetzt ist. Hinzu kommt, dass viele Schulen eigene Konzepte entwickelt haben, die unter KAoA keine Berücksichtigung mehr finden.

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Zusammenarbeit von Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendhilfe zur Unterstützung der individuellen Bedürfnisse der jungen Menschen bei der Berufsfindung durch Beseitigung von rechtlichen Hürden verbessert wird. Dabei sollen die Erfahrungen mit „Jugendberufsagenturen“ genutzt werden.

- dafür Sorge zu tragen, dass für den Unterricht in MINT-Fächern genügend und gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen.
- zur besseren Koordination und Steuerung der Ausrichtung auf berufliche Ausbildung die Aufsicht über die Schulen des Sekundarstufe I-Bereichs (Haupt-, Real- und Sekundarschulen) organisatorisch zusammenzufassen.
- den Schulen der Sekundarstufe I Kooperationen über die bereits bestehenden Möglichkeiten hinaus mit Berufskollegs über gemeinsam verbindlich abgestimmte Lehrprogramme zuzulassen. Dies verbessert die Durchlässigkeit für Schülerinnen und Schüler, die nach Abschluss der Klasse 10 eine duale Ausbildung beginnen wollen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Klaus Kaiser
Petra Vogt

und Fraktion